

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Wo bleibt denn jetzt die staatliche Müllabfuhr?!



Der Milliarden-Schwindel

Eon macht weiter Geschäfte mit Atomstrom, will aber nicht mehr dafür haften

Liebe Freundinnen und Freunde,

zuerst klang es wie eine gute Nachricht: Eon trennt sich von seinen Atom- und Kohlekraftwerken und setzt auf Erneuerbare Energien. Der Energiekonzern hat erkannt, dass in fossil-nuklearen Kraftwerken nicht die Zukunft liegt. Doch die Aufteilung beschleunigt nicht den Ausstieg, ermöglicht dem Unternehmen jedoch, sich vor den Folgekosten der Atomkraft zu drücken.

Die Ausgliederung der Dreckstrom-Produktion unter neuem Namen führt nicht dazu, dass Eon-KundInnen weniger schmutzige Energie ins Haus geliefert bekommen. Denn die wird der dann angeblich grüne Konzern weiter bei dem neuen Schwester-Unternehmen einkaufen. Es ist nur nicht mehr so offensichtlich – und damit weniger schlecht fürs Image.

Eon würde in Zukunft nicht mehr für die Kosten zur Verantwortung gezogen

werden können, die beim Abriss von Atomkraftwerken und der Lagerung des Atom Mülls anfallen. Die dafür gebildeten – aber bei weitem nicht ausreichenden – Rückstellungen gehen zusammen mit den AKW an das neue Unternehmen über.

Da diese Rückstellungen aber beispielsweise in Kohlekraftwerken investiert sind, die angesichts der Energiewende immer weniger profitabel werden, drohen selbst diese viel zu geringen Summen verloren zu gehen. Irgendwann wird das neue Unternehmen zahlungsunfähig und der Staat muss einspringen, während der von den Altlasten befreite Eon-Konzern munter weiter Gewinne einfahren kann. Dass Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in dieser Situation die Eon-Spaltung begrüßt und behauptet, die Rückstellungen seien sowohl sicher als auch ausreichend, ist skandalös.

Stattdessen muss die Bundesregierung den Eon-Plänen Einhalt gebieten und dafür sorgen, dass diejenigen, die jahrzehntelang Milliarden an Atom- und Kohlekraft verdient haben, auch für die Folgen geradestehen.

Das .ausgestrahlt-Team

„In der Konkursmasse untergehen“
Prof. Wolfgang Irrek, Experte für Atomrückstellungen, über den Eon-Plan, die AKW in eine neue Gesellschaft abzustoßen **Seite 5**

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
Splitter aus der Atom Müllkommission **Seite 8**

„Alles in den Fluss“
Zwischenlagersieg, Japaner-Demo und Atomexport-Geheimpapier **Seiten 14–15**

Fukushima, Eon, Jülich und Atommüll

Der März hat es in sich: Demos und Mahnwachen zum Fukushima-Jahrestag, ein Atommüll-Film kommt in die Kinos und wir starten die Eon-Osterei-Aktion. Mach mit!

Fukushima mahnt

Bundesweit Mahnwachen zum 4. Jahrestag

Vier Jahre Atom-Katastrophe in Japan. Die Heimat Hunderttausender ist verstrahlt, tonnenweise stehen schwarze Säcke mit kontaminierter Erde rund um das AKW, täglich werden Meerwasser und Luft mit neuer Radioaktivität belastet. Wie in Tschernobyl erkranken mehr und mehr Kinder und Jugendliche an Schilddrüsenkrebs. AtomkraftgegnerInnen stehen in Solidarität zu den Menschen in Fukushima und fordern: Atomkraftwerke abschalten, bevor es zum nächsten Super-GAU kommt!

Rund um den 11. März finden bundesweit Mahnwachen statt. Auf unserer Webseite findest Du eine Karte mit allen geplanten Aktionen – oder kannst Ort und Zeit Deiner selbst organisierten Mahnwache eintragen: www.ausgestrahlt.de/fukushima

Aufklärung zum Eon-Deal

Hilf mit, den perfiden Plan aufzudecken

Eon will sich durch die Aufspaltung des Konzerns in zwei Unternehmen der Verantwortung um die strahlenden Hinterlassenschaften seiner Atomkraftwerke entledigen.

Wenn Du gemeinsam mit .ausgestrahlt dagegenhalten möchtest, stellen wir Dir kostenlos Aktions- und Infomaterial zur Verfügung. Die etwas „anderen“ Eon-Anzeigen auf Seite 3 und 7 in diesem Rundbrief gibt es als Postkarte, Plakate und als Flyer mit weiteren Infos auf der Rückseite. Dazu gibt es Unterschriftenlisten gegen die „Bad Bank“-Pläne der Stromkonzerne. Bestellen kannst Du alles auf Seite 11 und 12 oder im Shop auf: www.ausgestrahlt.de/shop

Demos in Neckarwestheim und Düsseldorf

Anlässlich des Fukushima-Jahrestages gibt es zwei überregionale Demos am 8. März und 14. März

In und um **Nordrhein-Westfalen** gibt es für AtomkraftgegnerInnen derzeit viele gute Gründe, auf die Straße zu gehen: So richten sich die von einem deutsch-japanischen Bündnis organisierte Demonstration am 14. März in Düsseldorf gegen den Weiterbetrieb der AKW in Deutschland und die Wiederinbetriebnahme der Reaktoren in Japan, die geplanten Atommüll-Exporte aus Jülich in die USA, den geplanten Verkauf der Urananreicherungsanlage in Gronau, Castor-Transporte aus Garching ins Zwischenlager Ahaus und nicht zuletzt: die Ausgliederung der Atomsparte des in Düsseldorf ansässigen Eon-Konzerns als quasi „Bad Bank“.

In **Neckarwestheim** am 8. März lautet das Motto „Fukushima – keine Entwarnung“. Die von einem Bündnis vor Ort organisierte Demo richtet sich gegen den Weiterbetrieb von zwei AKW in Baden-

Württemberg und gegen die skandalöse Praxis des „Freimessens“ – aktuell beim geplanten Abriss von Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1.

Neckarwestheim

Sonntag, 8. März, Treffpunkt 13 Uhr
Bahnhof Kirchheim/Neckar, Demo zum AKW.

Düsseldorf

Samstag, 14. März, 13 Uhr,
wahrscheinlich vor der Eon-Zentrale, Eon-Platz 1.

Mehr Infos zu beiden Demos sowie die bundesweite Mitfahrbörse: www.ausgestrahlt.de/demos-anreise



Atommüll-Lager verzweifelt gesucht

Filmstart mit .ausgestrahlt (ab 19. März)

Wohin mit dem Atommüll? Zusammen mit einem Wissenschaftler macht sich der Schweizer Dokumentarfilmer Edgar Hagen auf die Suche nach einem Ort, an dem die strahlenden Hinterlassenschaften unserer Atomanlagen für Tausende von Jahren sicher gelagert werden könnten. Viele entlegene Orte findet er – aber keiner scheint wirklich geeignet zu sein...

Nach „Das Ding am Deich“ ist .ausgestrahlt erneut Kooperationspartner für einen spannenden und aufschlussreichen Anti-Atom-Dokumentarfilm. Wenn Du den Film auch in Deinem Lieblings-Kino vor Ort sehen möchtest, bekommst Du von uns aktive Unterstützung: Wir helfen dabei, lokale Kinobetreiber zu überzeugen, bieten Info- und Hintergrundmaterial sowie auf Wunsch ReferentInnenkontakte für mögliche Begleitveranstaltungen.

Alle Infos: www.ausgestrahlt.de/dokumentarfilm

Postkartenaktion: Grüne an ihr Versprechen erinnern

Atommüll-Exporte verhindern – verschicke die beigelegte Postkarte an NRW-Grüne

Was lange als undenkbar galt, scheint in Nordrhein-Westfalen kein Widerspruch mehr zu sein: Die Planung von Atommüll-Exporten mit der Unterstützung einer rot-grünen Landesregierung. Dabei wurde im Koalitionsvertrag vereinbart: "Wir wollen, dass die Castoren, vor allem die in Jülich lagernden, nur noch einmal transportiert werden – nämlich zu einem Endlager, wenn hierfür ein Standort gefunden ist." Schon im November sorgte unser Satire-Motiv auf der grünen Bundesdelegiertenkonferenz (s. Kurzbericht Seite 9) für Aufmerksamkeit. Mit der Postkarte,

die diesem Rundbrief beiliegt, können wir jetzt massenhaft den Finger auf die Wunde legen und die Grünen an ihr Versprechen erinnern.

Verschicke Deine unterschriebene Postkarte an den grünen NRW-Landesverband und hilf mit, die geplanten Atommüll-Exporte zu verhindern!

Alle Infos zum Thema unter: www.ausgestrahlt.de/export-usa

Faule (Atom-)Eier bei Eon – wir zahlen nicht für euren Müll!

Bunte Protest-Aktion vor der Eon-Zentrale in Düsseldorf am 30. März. Schick uns Atom-Eier!

Eon wälzt mit der Abspaltung des Atom-Geschäfts die Verantwortung für seine atomaren Altlasten auf die Gesellschaft ab,

verkauft an seine KundInnen aber weiter Atomstrom. .ausgestrahlt ruft alle AtomkraftgegnerInnen dazu auf, in einer symbolischen Protest-Aktion passend zu Ostern vor der Eon-Zentrale klarzustellen: Das Geschäft stinkt – wir wollen Eons faule Atom-Eier nicht! Macht bei der Aktion mit oder schick uns möglichst viele selbstgebastelte Atommüll-Eier! Aus Karton, Pappmaché oder Wolle, bemalt, beklebt, mit Strahlensymbol oder im Atommüllfass-Look – wir sorgen dafür, dass Eon seine „faulen Eier“ bei der Aktion am 30. März zurückbekommt.

Schick Eure gebastelten Atom-Eier bis zum 25. März an: .ausgestrahlt, Marienthaler Straße 35, 20535 Hamburg Unter allen EinsenderInnen verlosen wir 5 Exemplare des Bildbandes „Fukushima 360°“.

Mehr Infos zur Protestaktion und mögliche Atom-Eier-Bastelanleitungen: www.ausgestrahlt.de/eon-eier

Keine Anzeige

Atommüll ohne Ende

Info-Tour mit Jochen Stay

Aktuelle Infos zum Streit um Atommüll, zur Kommission und den politischen Folgen. Die nächsten Veranstaltungen:

Fr, 20. Februar: Dortmund

Mo, 23. Februar: Bremerhaven

Mo, 16. März: Göttingen

Weitere Termine in Vorbereitung

Aktuelle Details zu diesen und weiteren Tour-Terminen findest Du auf

www.ausgestrahlt.de/infotour

Du willst auch eine Veranstaltung bei Dir vor Ort organisieren? Melde Dich bei Carolin Franta im .ausgestrahlt-Büro: carolin.franta@ausgestrahlt.de
Telefon: 040-2531 8705

Von: Anna (8)
An: E.ON
Betreff: Stromkosten

Sag mal, E.ON,
muss ich, wenn ich groß bin, für
den Atomstrom zahlen, den meine
Großeltern heute verbrauchen?

Hallo Anna, klar doch – der E.ON-Atommüll
strahlt Hunderttausende von Jahren. Ihn
sicher zu lagern kostet einen Haufen Geld.

Das bisschen, was wir dafür zurückgelegt haben, reicht sicher nicht aus. Und wer weiß, ob es in ein paar Jahren überhaupt noch zur Verfügung steht ... Wer dann zahlen muss? Alle – also auch du.

e-on

Kein Geld für neue AKW

Mit Rückendeckung der EU plant die britische Regierung eine skandalöse Renaissance der Atomenergie. Mit Deiner Unterschrift kannst Du helfen, diese Pläne zu verhindern.

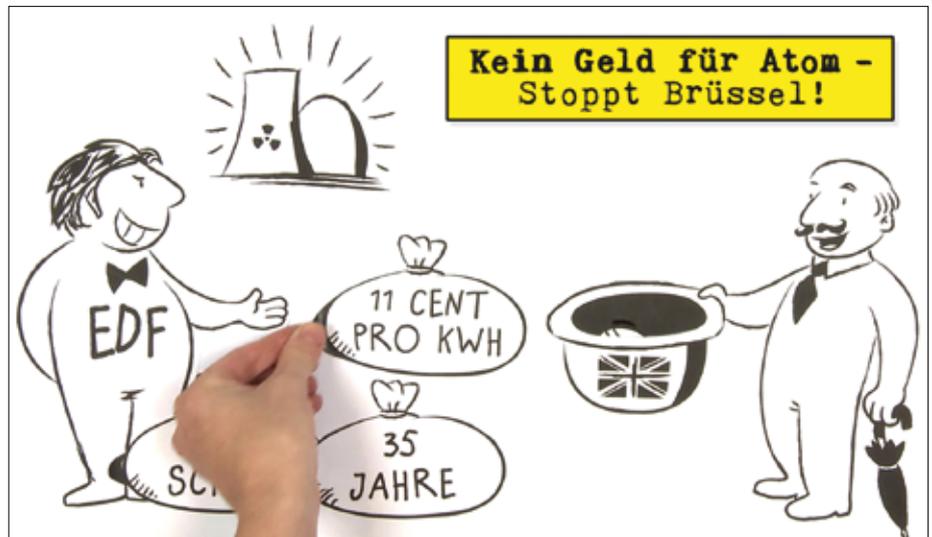
Unfassbar, was sich die Bundesregierung nur vier Jahre nach Fukushima leistet: Mit ihrem Votum in Brüssel unterstützt sie den Bau eines der größten Atomkraftwerke der Welt – geplant im südenglischen Hinkley Point. Finanzierbar ist das Projekt nur mit massiven Subventionen durch die britische Regierung. Die Stromrebelln von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) aus dem Schwarzwald haben dagegen Beschwerde eingereicht. Mitmachen erwünscht!

Zunächst sah es nicht danach aus, als ob die britischen Pläne durchsetzbar wären. Noch im März 2014 veröffentlichte die EU-Kommission eine Stellungnahme, nach der die Förderung für den geplanten AKW-Neubau in Südengland den Wettbewerb in der EU erheblich verfälschen könnte. Im Oktober werden die Pläne zum Bau der zwei Meiler als eine der letzten Amtshandlungen der scheidenden Kommission jedoch überraschend durchgewunken.

Beispiellose Atom-Subventionen

Die genehmigten Beihilfen zeigen, welche absurden Blüten die Unwirtschaftlichkeit der Atomenergie treiben. So werden die für den Neubau notwendigen Kredite in Höhe von 21,6 Milliarden Euro allein durch staatliche Bürgschaften abgesichert. Darüber hinaus gibt es für den Betreiber – ein Konsortium unter Führung des französischen Staatskonzerns *Électricité de France* (EdF) – eine garantierte Vergütung von rund 11 Cent pro Kilowattstunde über den sagenhaften Zeitraum von 35 Jahren; dieser Preis wird zudem jährlich an die Inflation angepasst. Zum Vergleich: Eine große Photovoltaik-Anlage in der Bundesrepublik bekommt heute eine Vergütung von etwa 8,9 Cent pro Kilowattstunde. Diese garantierte Vergütung wird jedoch nur 20 Jahre gezahlt – ohne Inflationsausgleich!

Doch damit nicht genug. Sollten die Reaktoren aufgrund von Marktumständen gedrosselt oder abgeschaltet werden,



Szene aus einem Erklärfilm der EWS zu den problematischen Atom-Subventionen

erhält EdF Entschädigungszahlungen vom britischen Staat. Angeblich soll die Regierung den Betreibern sogar einen Schutz des Projekts vor bestimmten gesetzlichen oder regulativen Änderungen zugesagt haben. Was mit dem Atom Müll der neuen Reaktoren passiert – dazu enthält der Vertrag keinerlei Absprachen.

Oettingers „Ja“ als Zünglein an der Waage

Durchgesetzt hat sich die Zusage für das skandalöse Gesamtpaket „Hinkley Point C“ nur mit äußerst knapper Mehrheit. Hätte auch nur eine Stimme gefehlt, wäre es das Aus für die britischen Atom-Pläne gewesen. Das Zünglein an der Waage: Das Votum des damaligen EU-Energiekommissars und Atom-Befürworters Günther Oettinger – mit Rückendeckung der Bundesregierung. Der schmutzige Deal: Im Gegenzug für das „Ja“ zum AKW-Neubau erhielten Merkel und Gabriel grünes Licht für die umstrittene Befreiung der deutschen Industrie von der EEG-Umlage.

Klage aus Österreich, Beschwerde aus dem Schwarzwald

Gleich nach der Entscheidung kündigt Österreich an, beim Europäischen Gerichtshof gegen die der EU-Kommission klagen zu wollen. Und auch die Stromrebelln aus dem Schwarzwald – die Elektrizitätswerke

Schönau (EWS) – haben eine Beschwerde an die jetzige EU-Kommission verfasst. „ausgestrahlt“ unterstützt diese Aktion und ruft zusammen mit EWS dazu auf, sich der Beschwerde anzuschließen. Denn nur wenn unser Druck größer ist als der Einfluss der Atomlobby, gibt es eine Chance, dass die neu ernannte EU-Kommission die Fehlentscheidung ihrer Vorgänger zurücknimmt.

Julia Schumacher

Hinkley Point C verhindern Jetzt mitmachen und Beschwerde einlegen

Mit Hinkley Point schafft die EU-Kommission einen Präzedenzfall, der dem Neubau weiterer AKW in Europa Tür und Tor öffnet. Zudem verzögert sich so der Aufbau eines dezentralen – auf regenerativen Energiequellen basierenden – Stromsystems.

Darum schließe Dich jetzt der Beschwerde der EWS Schönau an! Der Beschwerdeweg steht jeder EU-Bürgerin und jedem EU-Bürger offen und ist ohne Kostenfolgen.

- Per Brief Beschwerde einreichen:
Beilage in diesem Rundbrief
- Online Beschwerde einreichen:
www.ews-schoenau.de/kampagne
- Mehr Informationen findest Du auch auf **www.ausgestrahlt.de**

„In der Konkursmasse untergehen“

Prof. Wolfgang Irrek, Experte für Atomrückstellungen, über den Eon-Plan, die AKW in eine neue Gesellschaft abzustößen, und die möglichen Folgen für die SteuerzahlerInnen

Herr Irrek, Eon hat vor wenigen Wochen angekündigt, den Energiekonzern in Kürze aufzuspalten; alle Atom- und Kohlekraftwerke sollen in eine neue Gesellschaft ausgelagert werden. Welche Folgen hätte ein solcher Deal für die Atomrückstellungen?

HERR IRREK: Das macht die Finanzierung von Rückbau und Entsorgung unsicherer. Eon will ja alle Atomrückstellungen, aber nur einen Teil der Aktiva des Konzerns in die neue Gesellschaft überführen. Und Eon selbst wäre nur noch fünf Jahre lang verpflichtet, für die Finanzierung von Rückbau und Entsorgung einzustehen – danach nicht mehr.

Dafür dann eben die neue Gesellschaft, die die AKW und Kohlekraftwerke weiter betreibt. Was ist das Problem?

Die wirtschaftliche Perspektive dieser geplanten neuen Gesellschaft hängt unter anderem davon ab, inwieweit sie mit den fossilen Kraftwerken noch Geld verdienen kann – und damit von den künftigen Rahmenbedingungen für den Strommarkt. Es besteht durchaus das Risiko, dass diese neue Gesellschaft in Zukunft keine großen Erträge abwerfen wird oder sogar Probleme im Markt bekommt.

Mit der Folge?

Das Unternehmen könnte Probleme haben, die Rückstellungen weiter aufzubauen. Und wenn die wirtschaftlichen Probleme groß sind, werden sogar die finanziellen Gegenwerte, die den Rückstellungen gegenüberstehen, abschmelzen. Denn das, was an Substanz in dem Unternehmen da ist, wird dann im Zweifel erst einmal gebraucht, um die Verluste zu decken. Im schlimmsten Fall wird die Gesellschaft insolvent – und hat dann keine Mittel mehr, um Rückbau und Entsorgung finanzieren zu können.

Die Rückstellungen sind nicht insolvenz sicher?

Bei Pensionsrückstellungen hat man teilweise Arrangements mit Treuhändern, die

diese Gelder verwalten. Das gibt es bei den Atomrückstellungen aber nicht. Die würden bei einer Insolvenz einfach in der Konkursmasse untergehen. Und aus der müssen dann zunächst andere Gläubiger vorrangig bedient werden.

Und der Rückbau der Atomanlagen und die Langzeitlagerung des Atom Mülls?

Dafür müsste am Ende der Steuerzahler einspringen – der ja als Stromkunde das alles bereits schon einmal bezahlt hat.

Eine Möglichkeit wäre, die Gelder jetzt, wo sie noch verfügbar sind, in einen externen Fonds zu überführen, auf den die Konzerne keinen Zugriff mehr haben. Gibt es so etwas bereits?

Sogar in mehreren Ländern, allerdings mit großen Unterschieden im Detail. In der Schweiz etwa gibt es eine Nachschusspflicht der Betreiber. Bisher waren die Kostenschätzungen dort immer viel zu niedrig, es ist also viel zu wenig Geld in den Fonds überführt worden. Jetzt gibt es neue Gutachten, dass die Kosten in der Zukunft doch viel höher sein werden, weswegen die Betreiber nun zusätzliche Gelder einzahlen müssen.

Und in Schweden und Finnland?

Da gibt es Garantiesysteme. So muss in Finnland schon bei der Inbetriebnahme eines AKW die komplette Summe für dessen Rückbau und Entsorgung zumindest über Bürgschaften oder ähnliche Garantien gedeckt werden können, auch wenn Fondsmittel in dieser Höhe noch nicht angesammelt wurden. In Schweden müssen

die Betreiber für den Fall, dass die Kosten am Ende höher sind, schon jetzt eine entsprechende Garantie beibringen.

Einen vorsorglichen Aufschlag also?

Ja, in Höhe von 16 bis 17 Prozent der insgesamt veranschlagten Kosten.

Was empfehlen Sie?

Daraus zu lernen und in Deutschland ein System zu installieren, was insbesondere für die langfristigen Rückstellungen sinnvoll wäre: dass die Gelder in einen staatlich kontrollierten Fonds überführt, dort vernünftig angelegt und trotzdem die Betreiber nicht aus der Verantwortung entlassen werden, weiterhin für die Finanzierung von Rückbau und Entsorgung verantwortlich zu sein.

Für die Betreiber und ihre Aktionäre ist das doch eine Horrorgeschichte, oder?

Den Betreibern wäre es natürlich am liebsten, sie würden diese ganzen langfristigen Risiken auf einen Schlag loswerden. Deswegen kursierte ja auch in den Medien ein angeblicher Vorschlag der Betreiber – den ich bisher nie schriftlich gesehen habe –, die gesamten Atomanlagen und die Rückstellungen und Gegenwerte an den Staat zu überführen, damit der dann für den ganzen Rest verantwortlich ist. Auf diesem Wege würden die Betreiber elegant herauskommen aus ihrer langfristigen Verpflichtung und aus dem Problem, dass hier nun mal langfristig die Unsicherheit bestehen wird, wie viele Milliarden mehr das doch am Ende noch kosten wird.

Der „Vorstoß“ der Konzerne ist in der Öffentlichkeit auf große Kritik gestoßen, die Regierung hat bisher zumindest öffentlich nicht darauf reagiert. Ist eine Umstrukturierung, wie sie Eon nun vorhat, nicht auch ein Versuch, in diesem Punkt einfach Fakten zu schaffen?

Das kann man so sehen.

Interview: Armin Simon

Prof. Dr. Wolfgang Irrek, 49, ist Wirtschaftswissenschaftler an der Hochschule Ruhr West in Bottrop und forscht seit Jahren zum Thema Atomrückstellungen. Laut FAZ hat Wirtschaftsminister Gabriel die Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held



Foto: privat

zusammen mit Wolfgang Irrek im Oktober beauftragt, zu klären, wie sicher die Atomrückstellungen sind und sein werden. Das Gutachten ist noch nicht öffentlich..

Die Rechnung kommt am Schluss

Beim Abriss der abgeschalteten Atomkraftwerke gibt es zahlreiche Risiken und fast keine Routine – um das zu vertuschen, wird die Beteiligung der Öffentlichkeit zur reinen Farce



Siegel drauf und gut - einmal "freigemessen" ist Atom Müll offiziell keiner mehr. 2.000 Tonnen landeten so z. B. im Salzbergwerk Heilbronn.
Foto: Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn

Als wäre der Betrieb eines Atomkraftwerks nicht schon schlimm genug – durch den Abriss kommen noch mehr Gefahren und Umweltschäden hinzu. Und manches Problem, das während des Betriebs noch unter dem Teppich gehalten werden konnte, tritt erst beim Abriss offen zu Tage. Der Skandal: Es sind allein die Betreiber, die über die grobe Strategie und die Details der Stilllegung und des Abrisses entscheiden. Öffentlichkeitsbeteiligung? Fehlanzeige!

Wenn ein AKW stillgelegt wird, hinterlässt es nicht nur den hochradioaktiven Müll der Brennelemente in Reaktor und Abklingbecken, den Müll des Uranabbau, den Müll aus der Produktion der Brennelemente und den schon im laufenden Betrieb angefallenen schwach- und mittelradioaktiven Müll – nein, so ein Atomkraftwerk selbst ist radioaktiver Müll. Was übrigbleibt, sind strahlende und kontaminierte Anlagen, Werkzeuge, Gebäude – hunderttausende Tonnen an Material.

Die darin vorhandene Radioaktivität lässt sich nicht abwaschen, verbrennen oder chemisch umwandeln. Beim Abriss führt stattdessen jeder einzelne Hand-

habungsschritt zu einer Vermehrung des strahlenden Mülls und möglicher Freisetzung von Radioaktivität. Trotzdem suggerieren Betreiber und Behörden immer wieder, man könne sich mit dem Rückbau von Atomkraftwerken aus und es handle sich dabei um bewährte Arbeitsabläufe. Tatsächlich ist nichts davon Routine und wird vollständig beherrscht. Was in einer nicht verstrahlten Industrieanlage beim Abriss verhältnismäßig simpel sein mag, gleicht in einer Atomanlage einem Kunststück – oder ist schlicht gesagt unmöglich. Die Wirkung der Radioaktivität ist übrigens immer dieselbe, ob sie nun wegen unsystematischer Schlamperie oder aufgrund eines systematischen Spardiktats in die Umwelt kommt.

Dennoch oder gerade wegen der enormen Risiken wird beim Abriss der AKW anscheinend vor allem eine Strategie verfolgt: verharmlosen, vertuschen und die Öffentlichkeit raushalten. Da ist zum einen die Lüge mit den Grenzwerten. Obwohl wissenschaftlich haltlos, wird noch immer argumentiert, Gefahren bestünden erst bei Überschreitung von Grenzwerten. Dabei sind Grenzwerte für Radioaktivität nichts anderes als "Optimierungs"-Rechnungen zwischen Aufwand für die Betreiber einerseits und Schaden für die Bevölkerung und die Natur andererseits. Dazu kommt die skandalöse Praktik des

„Freiemessens“ vom radioaktivem Müll, um möglichst große Mengen aus der Strahlenschutzüberwachung zu entlassen und teilweise sogar in die Wertstoffwirtschaft abgeben zu können. Wo das damit aus dem Atomrecht „entlassene“ Material verbleibt, ist dadurch nicht mehr nachvollziehbar. Bewusst wird in Kauf genommen, dass Menschen durch diese Abriss-Praxis eine zusätzliche Strahlenbelastung bis in „den Bereich von 10 Mikrosievert“ bekommen dürfen – das bedeutet nichts anderes, als ein bewusstes Inkaufnehmen von zunehmenden Gesundheitsschäden wie Krebs- aber auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen in der Bevölkerung.

Öffentlichkeit wird bewusst nicht informiert

Umso mehr ist es ein Desaster, dass die Atomaufsicht beim Abriss zwar Auflagen machen kann, aber nicht das komplette Vorgehen festlegt. „Kontrolle“ durch die Behörden heißt keinesfalls öffentliche Kontrolle. Stattdessen wird die Öffentlichkeit schlichtweg nicht informiert: Es scheint ein bewusst in das Atomrecht hinein konstruierter Web-Fehler zu sein, dass es zwar mehrere rechtlich unabhängige aufeinander folgende „Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen“ (SAG/AG) gibt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung und auch eine Beteiligung der Öffentlichkeit jedoch nur vor der ersten Genehmigung vorgesehen ist. Dabei sind die in diesem Schritt verfassten Abrissmaßnahmen in der Regel so allgemein formuliert, dass eine detaillierte Kritik noch gar nicht möglich ist. Zudem sind erst mit den nachfolgenden Abbaugenehmigungen viele besonders belastete Teile eines AKW betroffen.

Beispiel Obrigheim. Es ist das erste Atomkraftwerk, das in Baden-Württemberg abgeschaltet wurde. Wie Betreiber EnBW anführt, hat es damit eine wichtige Pilotfunktion. Zwischen August 2008 und Mai 2013 wurden drei Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen erteilt. Vier Mitglieder der „Initiative AtomErbe

Jetzt Einwendungen gegen schmutzigen Abriss in Neckarwestheim **einreichen:**
www.AtomErbe-Neckarwestheim.de

Obrigheim“ haben zur zweiten SAG eine Klage beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eingereicht. Ihr Ziel: Mehr Sicherheit und Transparenz beim Abriss. Immerhin rund zehn Jahre soll der Abbau der am stärksten radioaktiv verstrahlten Teile im Innern des Reaktorgebäudes dauern. In ihrer Klage verwiesen die BürgerInnen auch auf die Gefahr, die noch immer von den in der Anlage befindlichen 342 hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen ausgeht. Hinterfragt haben sie außerdem die angestrebte – offenbar kostengünstige – Verschiebung des hochradioaktiven Atommülls an den AKW-Standort Neckarwestheim, statt in Obrigheim ein stabiles Zwischenlager zu bauen. Die Abriss-Pläne wurden von den Behörden genehmigt – ohne dass es zu den Details der zweiten und dritten Genehmigung Umweltverträglichkeitsprüfungen oder gar eine Öffentlichkeitsbeteiligung gab. Obwohl der Verwaltungsgerichtshof Mannheim den KlägerInnen darin Recht gab, dass auch bei einem abgeschalteten Atomkraftwerk noch mit Gefahren und Risiken zu rechnen ist, wurde die Klage im November letzten Jahres abgewiesen.

Der Kernbereich des Abrisses bleibt ausgeklammert

Beispiel Biblis. 2016 soll der Abriss des stillgelegten AKW beginnen und dann mindestens 15 Jahre dauern. Gegen die erste SAG vom Betreiber RWE und dem hessischen Umweltministerium legten UmweltschützerInnen hunderte von Einwendungen ein. Ihre Kritik: Die Anträge enthalten lediglich Informationen zum grundsätzlichen Vorgehen, es bleiben aber zahlreiche Lücken und Unbestimmtheiten, weil wesentliche Teile des Stilllegungs- und Abbauprozesses fehlen. So gehen die Anträge nicht ausreichend auf die Gefahr von Flugzeugabstürzen ein, der Kernbereich des Abrisses – der Druckbehälter – wurde weitgehend ausgeklammert, und es ist unklar formuliert, ob die Brennelemente während der Abbaumaßnahmen im Abklingbecken verbleiben. Bei einem Erörterungstermin im November sollte schließlich mit BürgerInnen in Biblis über die Bedenken beim geplanten Abbau des Atomkraftwerks mit seinen beiden Blöcken gesprochen werden, Argumente abgewogen werden und

mehr Informationen fließen. Was tatsächlich geschah: RWE las einfach die bereits veröffentlichten Unterlagen vor. Auch auf Anfragen gab es keine Details über die Dimensionen der Radioaktivität im Reaktor oder die geplanten Maßnahmen. Ursprünglich waren drei Tage für die Anhörung angesetzt. Doch schon nach einhalb Tagen platzte den EinwenderInnen der Kragen: Sie verließen aus Protest den Sitzungssaal.

Der Eindruck ist deutlich: Überall dort, wo es ganz besonders auf Transparenz ankommt, wie bei der Erfassung des radioaktiven Inventars und bei den Deponie- und Verwertungswegen des Materials, wird gemauert. Damit ist die – rechtlich

gebotene – Möglichkeit verwehrt, dass die Öffentlichkeit die Auswirkung der Freisetzung von Radioaktivität beim Abriss und die Risiken für Störfälle beurteilen kann. Was es braucht: Für jede Phase von Stilllegung und Abriss eine Umweltverträglichkeitsprüfung sowie eine ehrliche Öffentlichkeitsbeteiligung. Wie sich gezeigt hat, öffnet das jetzige Vorgehen der Willkür Tür und Tor und beraubt die betroffenen Menschen der Möglichkeit, sich selbst vollständig und rechtzeitig zu informieren. Stattdessen müssen sie allein auf Kompetenz, Engagement und Unabhängigkeit der Behörden hoffen – eine Hoffnung, die wenig trägt.

Julia Schumacher / Franz Wagner

Keine Anzeige

Von: Fynn (9)
An: E.ON
Betreff: Atommüll

Sag mal, E.ON,
wer zahlt eigentlich für die Lagerung
des ganzen Atommülls, wenn es Euch
mal nicht mehr gibt?

Hallo Fynn, E.ON muss für die gesamten Atommüllkosten aufkommen – so steht es im Gesetz. Das können wir unseren Aktionären aber natürlich nicht zumuten.

Deswegen arbeiten wir heute schon daran, die Atomsparte rechtzeitig auszugliedern und den E.ON-Konzern aus der Verantwortung für seinen Strahlenmüll zu nehmen. Zahlen für den nuklearen Dreck dürfen dann andere, zum Beispiel du. Und wir sind fein raus.

e-on

Dies ist eine Fiktion aus dem Spiel

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Seit zehn Monaten arbeitet in Berlin die Atommüll-Kommission. Wer die Hoffnung hatte, dort könnte eine faire gesellschaftliche Verständigung stattfinden, sieht sich getäuscht.

Die Atommüll-Kommission tagt inzwischen fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Presse berichtet kaum noch, ZuschauerInnen gibt es wenige. Protokolle werden erst Monate nach den Sitzungen veröffentlicht. Die im Gesetz vorgeschriebene Beteiligung der Bevölkerung findet nicht statt. Splitter aus dem Kommissions-Alltag, aufgefangen von Jochen Stay, der alle Sitzungen von den Zuschauerplätzen beobachtet und per Twitter live kommentiert.

Totalausfall Öffentlichkeitsbeteiligung

Selbst die im Gesetz für die Kommission vorgeschriebenen rudimentären Formen der Beteiligung werden bisher nicht umgesetzt. Sogar der grüne baden-württembergische Umweltminister Untersteller plädiert dagegen, dass die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt mit der Bevölkerung spricht. Begründung: Sie könne die Fragen der Leute nicht beantworten, weil sie noch kein Ergebnis erarbeitet habe. Dabei geht es doch genau um das Umgekehrte: Nicht die Leute sollen die Kommission fragen, sondern die Kommission soll die Leute fragen, was sie wollen und brauchen.

Zuschriften ins Nichts

Die bisher einzige Möglichkeit für die Bevölkerung, sich an der Arbeit der Kommission zu beteiligen, sind sogenannte „Zuschriften“. Diese inhaltlichen Anfragen und Anregungen werden seit April 2014 gesammelt, aber weder beantwortet noch in den Arbeitsprozess eingespeist. Genauso gut hätten sie im Papierkorb landen können.

Protokolle kommen viel zu spät

Diesen Text schreibe ich am 19. Januar, am Tag der achten Sitzung der Kommission. Bis heute unveröffentlicht sind die Protokolle der letzten beiden Kommissionssitzungen und von insgesamt fünf Arbeitsgruppen-Sitzungen, die teilweise vor mehr als zwei Monaten stattgefunden haben. Bei den AGs wiegt dies besonders schwer, weil sie weder per Livestream übertragen werden, noch hinterher Aufzeichnungen ins Netz gestellt werden. Wenn dann in der Kommission über Zwischenergebnisse aus den AGs diskutiert wird, ist es für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar.

Eon-Aufspaltung und Rückstellungen

In der Dezember-Sitzung betont Eon-Vertreter Bernhard Fischer, dass die Rückstellungen für AKW-Abriss und Atommüll-Lagerung bei Aufspaltung des Unternehmens nur sicher sind, wenn die „Markt-Rahmenbedingungen“ stimmen – und macht dann deutlich, dass sie derzeit nicht stimmen und sich das dringend ändern muss. Übersetzt heißt dies: Liebe Politik, wenn Du uns für unsere Kohlekraftwerke nicht noch Milliarden zukommen lässt, dann gehen Dir die Rückstellungen für den Atom-Schrott flöten. Oder noch direkter: Wir werden den ganzen Mist bestimmt nicht zahlen. Es ist schon beeindruckend, so eine Unverfrorenheit mal live zu erleben. Die Kommission geht nach dieser Aussage zum nächsten Tagesordnungspunkt über ...

BUND: Erst große Worte und dann?

Aus einem Brief des BUND vom Oktober 2014 an die Vorsitzenden der Kommission: „Die gleichzeitige Mitarbeit in der Kommission und die Klagen gegen wichtige Grundlagen der gemeinsamen Arbeit schließen sich aus. Deshalb fordert der BUND, dass die eingereichten Feststellungs-Klagen von Eon und RWE zurückgezogen werden.“ Zu Beginn der nächsten Sitzung wird die Frage dann kurz andiskutiert, dann aber auf die folgende Sitzung vertagt. Dort will dann niemand mehr darüber sprechen, auch nicht der Vertreter des BUND. Was bedeutet das? Schließen sich Klagen und Mitarbeit in der Kommission jetzt doch nicht mehr aus? Oder ist dem BUND einfach alles egal? Eins steht fest: So wird der BUND nicht ernst genommen.

Skandalöse Gutachten-Aufträge

Es gab in den Umweltverbänden vor dem Start der Kommission nur wenige Stimmen für eine Teilnahme, etwa von Cornelia Ziehm, damals bei der Deutschen Umwelthilfe beschäftigt. Schließlich hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) gegen den Willen der großen Mehrheit der mit dem Thema Atommüll befassten Initiativen und Verbände doch noch zwei Organisationen für die Kommission benannt: die Deutsche Umweltstiftung und den BUND. In der Kommissions-Sitzung am 6. Dezember macht der Vorsitzende Michael Müller (SPD) den Vorschlag, zwei Gutachten in Auftrag zu geben, eines zur rechtlichen Stellung der Kommission gegenüber dem Bundestag und eines zur Debatte in der Umweltbewegung zum Endlagersuchgesetz. Im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nennt er dann Ross und Reiter: Der Auftrag für das juristische Gutachten soll für 30.000 Euro an Cornelia Ziehm gehen. Das Bewegungs-Gutachten soll für 120.000 Euro ganze 60 Seiten umfassen, geschrieben von DNR und BUND. Die Entscheidung darüber wird vertagt. Die Öffentlichkeit erfährt von alledem nichts. Müller scheint jeden Kompass dafür verloren zu haben, welchen Eindruck ein solcher Deal macht, wenn er herauskommt.

Leitbild? Fehlanzeige!

Zu Beginn der Kommissions-Arbeit sollte ein Leitbild für das Gremium entwickelt werden, damit es eine Verständigung darüber gibt, welchen Zielen sich die Runde gemeinsam verpflichtet fühlt. Nach einigen fruchtlosen Debatten im Plenum wurde schon vor Monaten eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um diesen Leitbild-Prozess voranzubringen. Die AG hat bis heute nicht getagt. Die Kommission dümpelt derweil weiter ohne gemeinsames Leitbild vor sich hin.

BUND und Deutsche Umweltstiftung sind übrigens immer noch nicht aus der Kommission ausgetreten. *Jochen Stay*

Aktenzeichen „Atommüll“ ungelöst – den Finger auf die Wunde

.ausgestrahlt-Kampagnen, -Aktionen und kleine Erfolge der letzten Wochen

••NOVEMBER•••••



Foto: Helge Bauer

„Aufsicht, komm zur Einsicht!“

Protestaktion gegen geplante Atommüllexporte

Am 19. November 2014 tagte der Aufsichtsrat des Forschungszentrums Jülich. Für das „Bündnis gegen Castorexporte“ – in dem .ausgestrahlt aktiv mitarbeitet – ein guter Anlass, gegen die Pläne zur Atommüll-Verschiebung in die USA zu demonstrieren. Zunächst vor den Toren des Forschungszentrums trafen sich rund 60 AktivistInnen, ausgestattet mit Atommüllfässern, Schildern und Strahlenschutzanzügen. Kletterer hängten ein Transparent quer über die Zufahrtsstraße.

Mittags folgte eine Mahnwache am Haupteingang des Tagungsorts, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in Bonn. „Verantwortung nicht abschieben!“ forderten die AtomkraftgegnerInnen auf Schildern und Bannern. Claudia Baitinger (BUND NRW), Peter Dickel (AG Schacht Konrad) und Peter Bastian (Sofa Münster) erläuterten in kurzen Redebeiträgen die Hintergründe zu den Exporten. Auch in Bonn wurden Transparente in luftiger Höhe angebracht – ein plötzlich wachsendes Aufgebot von Polizeikräften war die Folge. Die lokale Presse griff beide Aktionen auf. Eine endgültige Entscheidung zu den Castor-Transporten ist noch offen...

••DEZEMBER•••••

Bad Bank – Unterschriftenaktion geht weiter

Anfang Dezember kündigt Eon die Auslagerung seiner Atomsparte an – und das Thema kocht in den Medien erneut hoch. Schlagartig steigt die Zahl der Online-Unterschriften gegen die Gründung einer „Bad Bank“ für Atommüll. Zum Redaktionsschluss sind es mehr als 73.000.

Warum denn so nervös?

Grüne reagieren empfindlich auf Plakat-Satire

Auf die Rolle der rot-grünen NRW-Landesregierung bei den Plänen, 152 Castor-Behälter aus Jülich in die USA zu exportieren machte .ausgestrahlt Ende November mit einem Info- und Aktionsstand auf der Bundesdelegierten-Versammlung der Grünen aufmerksam. Mit im Gepäck: ein Poster im Stil der Grünen-Wahlplakate. Die Botschaft: „Wir exportieren Atommüll – und Du? Grüne NRW“.

Die satirische Fälschung zeigte Wirkung: Die Grünen wurden sichtlich nervös und sorgten dafür, dass die Plakate entfernt wurden. Keine besonders souveräne Aktion, jedoch eine, die offenbart, dass .ausgestrahlt den richtigen Nerv getroffen hat. Der Parteitag forderte schließlich in einem Beschluss den Stopp der geplanten Atommüll-Exporte. Nun sind die NRW-Grünen am Zug. Mitte Januar verweist .ausgestrahlt auf die widersprüchliche Haltung der NRW-Grünen an anderer Stelle: Mit einem Brief fordern wir die dortigen Kreisverbände dazu auf, sich in Sachen Atommüll-Exporte einzumischen. Eine Reaktion stand bis Redaktionsschluss noch aus.



Die Hälfte des Weges ist geschafft

.ausgestrahlt-Finanzien: Entlassungen dank der Unterstützung vieler abgewendet, Kampagnenmaterial noch nicht finanziert, Zukunft dieses Rundbriefs noch offen

Die gute Nachricht zuerst: .ausgestrahlt kann weiter mit voller Kraft und allen MitarbeiterInnen Anti-Atom-Arbeit machen. Die laufenden Ausgaben, etwa für Gehälter, sind fürs ganze Jahr 2015 gedeckt. Nach unserem Hilferuf im letzten Rundbrief haben binnen weniger Wochen 900 Menschen entschieden, unsere Anti-Atom-Arbeit finanziell über eine regelmäßige Förderung abzusichern – zusätzlich zu den vielen langjährigen Förderinnen und Förderern, die all die Jahre schon unsere Arbeit ermöglichen. Wir sind überwältigt von so viel Rückhalt, von dem wir selbst kaum zu träumen wagten! Zusätzlich haben uns Tausende Menschen einzelne kleinere und größere Beträge gespendet und uns oftmals Aufmunterndes dazu geschrieben. In der Summe reicht dies, um unsere Fixkosten fürs ganze Jahr 2015 zu decken – ein gutes Gefühl, gerade für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gemeinschaftlich über einige Monate auf einen Teil ihres Gehalts verzichtet haben, damit wir niemanden entlassen mussten. Allen, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, möchten wir an dieser Stelle für die tolle Unterstützung danken!

Wir finanzieren unsere Anti-Atom-Arbeit fast ausschließlich über Spenden.

Anzeigen

Wann sind wir wieder Klassenbester?



Beim Zubau von PV-Anlagen lagen wir schon mal weiter vorne. Trotzdem: Auch 2015 bauen wir PV-Anlagen mit Rendite - besser als bei der Bank. Fordern Sie Infos an:

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772

www.oberschwaben-solar.de

info@oberschwaben-solar.de

Leider sind die Einzel-Spenden für konkrete Projekte im Sommer und Herbst 2014 dramatisch eingebrochen: Statt dem Streit um die Atomkraft standen andere politische Themen mehr im Licht der Öffentlichkeit. Das bekamen wir sofort zu spüren. Hätten wir nichts unternommen, wäre .ausgestrahlt entweder innerhalb von drei Monaten zahlungsunfähig gewesen oder wir hätten MitarbeiterInnen entlassen und damit unsere Arbeit massiv einschränken müssen. Dabei ist es gerade, wenn das Atomthema in der öffentlichen Wahrnehmung einmal nicht ganz oben steht, umso wichtiger, am Ball zu bleiben – denn die Atomlobby schläft nicht. Es ist weiterhin dringend nötig, dass sich zumindest eine bundesweite Organisation auf das Thema Atomkraft und den Protest dagegen konzentriert.

Und damit kommen wir zur noch nicht ganz guten Nachricht: Zwar sind dank der neuen Förderinnen und Förderer – und bisheriger, die ihren Beitrag erhöht haben – unsere regelmäßigen Einnahmen deutlich gestiegen. Das monatliche Defizit ist entsprechend geschrumpft, aber noch nicht verschwunden. Für 2015 können wir dieses noch vorhandene Defizit mit Hilfe der Rettungsspenden decken. Für eine dauerhaft verlässliche finanzielle Basis hoffen wir im Laufe des Jahres noch einige weitere AtomkraftgegnerInnen zu finden, die unsere Arbeit als Förderin oder Förderer mit regelmäßigen, sehr gern auch kleinen Beiträgen verlässlich unterstützen.

Zukunft des Rundbriefs noch unklar

Noch kaum finanziert sind darüber hinaus die Sachkosten, die für unsere Aktionen, Kampagnen und Materialien 2015 anfallen werden. Auch der Fortbestand des

.ausgestrahlt-Rundbriefs, den Du gerade in Händen hältst, steht auf der Kippe. Dieses aktuelle Heft war nur möglich mit der Unterstützung der Stromrebellin der EWS Schönau aus dem Schwarzwald (Danke!), mit denen wir beim Protest gegen die Subventionen des britischen AKW-Neubauprojekts in Hinkley Point zusammenarbeiten. Ob und wie häufig es diesen Rundbrief künftig geben wird, steht jedoch leider noch in den Sternen.

Wir sind also auch 2015 weiter für einzelne Projekte auf kleinere und gern auch größere, einmalige und gern auch regelmäßige Spenden dringend angewiesen – wie derzeit für Kampagnenmaterial gegen die Pläne von Eon, sich aus der Verantwortung für seine nuklearen Altlasten zu stellen.

Wenn Du nicht spenden kannst oder willst, bitten wir Dich, unsere Spendenaufrufe schlicht zu ignorieren und Dir davon nicht das Interesse an unserer gemeinsamen Anti-Atom-Arbeit verderben zu lassen. Wer sich hingegen angesprochen fühlt und etwas tun kann und will, darf uns natürlich gerne (weiter) unterstützen.

Herzlichen Dank!

.ausgestrahlt lebt vom Rückhalt und der Unterstützung aller bisherigen und neuen Förderinnen und Förderern und allen, die unsere Arbeit mit einzelnen Spenden, ob groß oder klein, ermöglichen. Großer Dank auch an alle, die in ihrem Umfeld dafür geworben haben, diese weiter dringend notwendige Anti-Atom-Arbeit zu unterstützen. Es ist ein gutes Gefühl, so viele Menschen mit uns zu wissen. Entsprechend motiviert ist das gesamte .ausgestrahlt-Team ins neue Jahr gestartet und wir freuen uns auf viele gemeinsame Aktionen in 2015!

Jochen Stay, Silke Freitag

DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellen kannst Du mit Hilfe dieser Seite (einfach heraustrennen und nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

4. FUKUSHIMA JAHRESTAG

Mahnwachen-Plakat „Nicht vergessen!“
mit Freifläche zum Eintragen von Datum, Ort und Zeit Deiner Mahnwachen

Plakat A2 – kostenlos K321

Plakat A3 – kostenlos K322



Mobilisiere mit zu den Veranstaltungen in Deiner Region!

Demo in Neckarwestheim am 08.03.2015

Plakat A3* – kostenlos K323

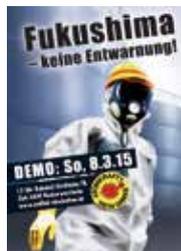
Flyer A5* – kostenlos K324

Demo in Düsseldorf am 14.03.2015

Plakat A3* – kostenlos K325

Plakat A2* – kostenlos K327

Flyer A5* – kostenlos K326



EON-SATIRE

Bringe die Leute zum Nachdenken und Schmunzeln mit unseren gefälschten Eon-Artikeln (Motive siehe auch S. 3 & S. 7). Verteile Flyer und Postkarten zum Beispiel auf Demos, in Kneipen oder hänge die Plakate auf in Bibliotheken, Gemeindegäusern etc.

Eon-Satire-Flyer¹ A5 – kostenlos K331

Inhaltlicher Bezug zur Fukushima-Katastrophe, daher gut geeignet auch zum Verteilen an Passanten bei Deiner Mahnwache

Eon-Satire-Flyer² A5* – kostenlos K332

Inhaltlicher Bezug zum Thema "Keine Bad Bank für AKW"

Postkarte¹ A6* – kostenlos K333

Plakat¹ A2* – kostenlos K335

Postkarte² A6* – kostenlos K334

Plakat² A2* – kostenlos K336



Transparent „Fukushima ist überall – AKWs jetzt abschalten!“

Wetterfester Stoff, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen zum Befestigen.

300 x 70 cm – 25 Euro S022



BÜCHER ZU FUKUSHIMA

„Fukushima lässt grüßen.
Die Folgen eines Super-GAU“

Autorin Susan Boos reist nach Japan, um das Geschehen in den verstrahlten Gebieten zu dokumentieren. Boos fragt: Was wäre, wenn ein solches Unglück in der Schweiz oder in Deutschland geschähe? Kartonierte, 271 Seiten

– Mängelexemplare ermäßigt auf 9,80 Euro (statt Neupreis 19,80 Euro) B024



„Lesebuch Fukushima“

Übersetzungen, Kommentare, Essays. Interviews mit japanischen AktivistInnen und KünstlerInnen, Reportagen und Analysen zur Debatte um die Katastrophe und das "System Japan".

442 Seiten – 24,80 Euro L012



„Bildband Fukushima 360°“

Der Umweltjournalist Alexander Neureuter begleitet 40 Menschen in Fukushima und erzählt von tiefgreifenden, unumkehrbaren Veränderungen, die der Atomunfall gebracht hat. Umweltbuch des Monats im Juni 2014.

204 Seiten – 29,80 Euro L009



ATOMMÜLL

Infografik-Faltplakat „Der Atommüll-Konflikt“

Illustriert den Konflikt anschaulich und warum ihn diese Atommüll-Kommission nicht lösen wird. 17,6 × 99,3 cm, gefaltet auf Briefumschlagformat – Aufgrund hoher Herstellungskosten 1 Euro K305



Flyer „Hört auf mit dem Müll!“

A6, vierseitig – kostenlos K298



Plakat „Atommüll-Landkarte“

Mit allen AKWs, Atommüll-Lagern, Atomfabriken, Forschungsreaktoren und stationierten Atomwaffen. Herausgegeben von der Atommüllkonferenz, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V., A1 – 3 Euro K256



ATOMMÜLL-EXPORTE IN DIE USA STOPPEN!

Postkarte

A6 – kostenlos K315



Unterschriftenliste

A4 – kostenlos K316



FAQ-Papier*

Ausführliches Infoblatt mit Fragen und Antworten zu den geplanten Atommüll-Exporten von Jülich in die USA. A4, vierseitig – 3 Euro K330

Spucki-Block*

Leicht anfeuchten und Deinen Protest ins Stadtbild kleben 50 Blatt pro Block , A7 – kostenlos K317



KEINE „BAD BANK“ FÜR AKW!

Unterschriftenliste

A4, vierseitig – kostenlos K308



Aufkleber „Wir zahlen nicht für euren Müll!“

16 × 6,5 cm, für drinnen und draußen geeignet – 75 Cent K310



Banner „Wir zahlen nicht für euren Müll!“

Wetterfester Stoff, mit abgenähten Tunneln an beiden Seiten zum Einstecken von Stäben und mit Ösen an den Ecken zum Befestigen, 3 × 0,9 m – 20,00 Euro K314

FAQ „Wir zahlen nicht für euren Müll!“*

Das Infoblatt mit ausführlichen Hintergrund-Informationen zur "Bad Bank" für AKW, A4 – kostenlos K312



Spucki-Block „Wir zahlen nicht für euren Müll!“*

Leicht anfeuchten und Deinen Protest ins Stadtbild kleben 50 Blatt pro Block , A7 – kostenlos K313



.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: | | | | | _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift: _____

Unterschrift nicht vergessen

Atomkraft in der Ukraine

Laufzeitverlängerungen trotz Super-GAU

Europas größter AKW-Standort ist Saporischschja in der Ukraine. Sechs der 15 ukrainischen Reaktoren stehen dort, gerade einmal 200 Kilometer westlich von Donezk, das seit Monaten Zentrum der Kämpfe im ukrainisch-russischen Krieg ist. Das Kraftwerk deckt 22 Prozent des ukrainischen Strombedarfes.

1986: Super-GAU in Tschernobyl

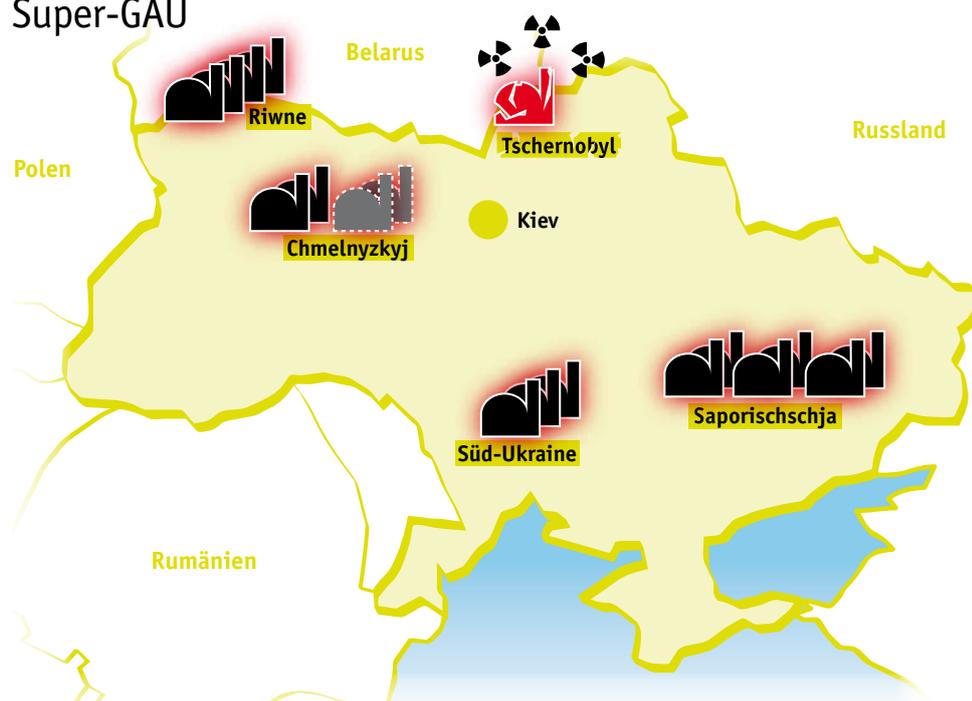
Im Norden der Ukraine, im AKW Tschernobyl, kam es am 26. April 1986 zum Super-GAU; die radioaktive Wolke zog über ganz Europa. Wladimir Tschuprow von Greenpeace Moskau geht davon aus, dass 90.000 Menschen zusätzlich als direkte Folge der Katastrophe von Tschernobyl einer Krebserkrankung erlegen sind, mehrere Millionen leiden wegen Tschernobyl an anderen Erkrankungen.

Umso erstaunlicher ist es, dass die Katastrophe von Tschernobyl und die Gefahren der Atomenergie in der aktuellen Diskussion in der Ukraine keine Rolle mehr spielen. Bereits im Oktober 1993 war das 1990 vom Parlament beschlossene Moratorium für den Neubau von AKW wieder aufgehoben worden.

Gerade einmal zwei Autostunden von Kiew entfernt, ist Tschernobyl auch heute noch eine Gefahr für Gesundheit und Leben. Die 1986 gebaute Betonhülle schützt die Bevölkerung nicht mehr. Sie ist rissig und brüchig, radioaktives Regenwasser verlässt das Gelände. Wie marode die Bauten am Reaktor von Tschernobyl sind, machte der Einsturz einer Mauer und eines Daches im Kraftwerk 2013 deutlich. Bereits 2004 mahnte Greenpeace mehr Tempo beim Bau des gigantischen, mehr als zwei Milliarden Euro teuren Stahl-Sarkophages an. Eigentlich hätte dieser 2005 fertig gestellt sein sollen. Inzwischen ist die Rede von Ende 2017 – frühestens.

Nukleare Abhängigkeit

Ein anderes Projekt treibt die Ukraine dafür in großer Eile voran. Drei Tage vor dem 28. Jahrestag der Atomkatastrophe beschloss das Land den Bau eines eigenen Atommülllagers in Tschernobyl, wenige Monate später begannen bereits die Bauarbeiten.



Bisher liefert die russische Atomagentur Rosatom die Brennstäbe für die ukrainischen AKW und nimmt auch den produzierten Atommüll zurück. Die Ukraine, darum bemüht, die Abhängigkeit von Russland zu verringern, will diesen künftig selber lagern.

Für größere Schlagzeilen sorgten die Pläne, die AKW künftig verstärkt mit Brennstäben des US-Atomkonzerns Westinghouse zu bestücken, die dieser eigens für Kraftwerke russischer Bauart entwickelt hat. Am 30. Dezember berichtete Jazenjuk von einem neuen Liefervertrag. KritikerInnen befürchten, amerikanische Brennstäbe in russischen Kraftwerken könnten zu zusätzlichen Problemen führen: Man bestelle schließlich auch nicht bei BMW Ersatzteile für einen Mercedes.

Laufzeitverlängerungen

Zwar ging 2000 der letzte der vier Reaktorblöcke in Tschernobyl vom Netz. Landesweit deckt die Atomenergie aber immer noch rund 50 Prozent des Strombedarfs. Der Neubau von Block 3 und 4 des AKW Chmelnyzkyi ist gesellschaftlicher Konsens; lediglich die Frage, wer der Partner dabei sein soll, ist strittig. Premierminister Arsenij Jazenjuk plant, die Vereinbarung mit dem russischen Atomkonzern „Atomstrojexport“ über den gemeinsamen Bau von Block 3 und 4 zu kündigen.

Als aussichtsreichster neuer Partner wird die tschechische Firma Škoda gehandelt.

Eigentlich müssten 12 der 15 Atomreaktoren zwischen 2010 und 2020 vom Netz genommen werden, da ihre Laufzeit abgelaufen ist. Doch die staatliche Regulierungsbehörde, der Staatskonzern Energoatom, der alle AKW betreibt, und die Regierung haben die Laufzeit der Meiler um mehrere Jahre, teilweise sogar um 20 Jahre, verlängert. Dies bedeutet, dass Kraftwerke, die für eine Lebensdauer von 30 Jahren gebaut worden waren, nun erst nach 50 Jahren vom Netz genommen werden sollen.

Störfälle

Immer wieder finden sich in der ukrainischen Presse Berichte über Störfälle in den AKW. So brannte am 15. Januar im AKW Süd-Ukraine im Gebiet Nikolajew ein Kühlaggregat eines Transformators. 125 Feuerwehrleute kämpften über hundert Minuten gegen die Flammen. Am 28. Dezember 2014 wurde der Kraftwerksblock Nr. 6 des AKW Saporischschja außerplanmäßig abgeschaltet. Am 30. Dezember berichteten russische Medien von einer 16-fach erhöhten radioaktiven Belastung am Kraftwerk infolge einer Notabschaltung Ende November. Die ukrainische Atomaufsichtsbehörde dementierte. Es war nicht die erste Notabschaltung in Saporischschja in diesen Wochen. *Bernhard Clasen*

„Unter keinen Umständen freigeben“

Rainer Moormann, 64, Physikochemiker, deckte die Sicherheitsmängel von Kugelhaufenreaktoren auf und hofft, auch den Atommüll-Export in die USA noch zu verhindern

Ich habe 36 Jahre am Forschungszentrum Jülich gearbeitet. Dort sind Kugelhaufenreaktoren entwickelt worden. Das Forschungszentrum hat versucht, die Technik, die nie befriedigend funktioniert hat, unter falschen Angaben in andere Länder zu exportieren, unter anderem nach Südafrika. Mir fiel das irgendwann auf: dass da eine riesige Menge Radioaktivität aus den Kugeln im Reaktorkern rauskam, dass die Temperaturen nicht unter Kontrolle waren, dass der Reaktor zeitweise völlig außer Kontrolle gefahren worden war. Ich habe diese Dinge publik gemacht. Das hat man mir übel genommen und jahrelang alles abgestritten. Aber die Expertenkommission, die das nach Fukushima untersucht hat, hat mir in fast allen Punkten Recht gegeben.

Der Kugelhaufenreaktor in Jülich ist wie der in Hamm-Uentrop inzwischen stillgelegt, die letzten Forschungsarbeiten zum Thema laufen dieses Jahr aus. Das ist auch ein bisschen mein Erfolg. Was noch da ist, ist der Müll: 152 Castorbehälter voller Atomkugeln. Die will das Forschungszentrum demnächst für



Foto: privat

geschätzt eine Milliarde Euro in die USA exportieren. Dort sollen sie in einer alten militärischen Anlage aufgearbeitet werden, wo schon viele marode Container mit hochradioaktiver Brühe rumstehen. Da ist Widerstand nötig!

Das Bündnis gegen Castorexporte, bei dem ich mitmache, konnte neulich über das Umweltinformationsgesetz endlich Einsicht nehmen in ein Papier, in dem das Forschungszentrum die drei Optionen Export, Verlagerung nach Ahaus und Bau einer neuen Lagerhalle in Jülich vergleicht. Das Forschungszentrum selbst wollte dieses Papier zuvor unter keinen Umständen freigeben. Wenn man reinguckt, versteht man auch schnell, warum: Es versucht darin mit allen Mitteln, Gründe dafür zu finden, den Müll in die USA zu schaffen – mit bisweilen abenteuerlichen Vorstellungen. Die wollen sich dieses Problem einfach bloß vom Halse schaffen. Aber das ist 'ne Flucht vor der Verantwortung!

Bis März soll nun der TÜV Nord das dubiose Papier bewerten. Die Atomaufsicht im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium wird dann eine Vorgehensweise vorschlagen.

Anzeige

Das Forschungszentrum strebt an, bereits auf der Aufsichtsratssitzung im Mai eine Entscheidung zugunsten der USA-Option hinzubekommen ...

In den USA läuft bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung, und zwar nicht nur für den Müll aus Jülich, sondern auch für den aus dem stillgelegten Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop: Auch dessen Müll soll offenbar später ins Ausland verfrachtet werden. Diese Umweltverträglichkeitsprüfung soll Ende März veröffentlicht werden, und dann kann jeder Einspruch erheben.

Die Atommüllkommission muss endlich kapieren, dass hier nicht sauber gespielt wird! Wenn man ernsthaft ein „Endlager“ im eigenen Land suchen will, dann kann man nicht einfach nebenher beginnen, Müll aus einem AKW in die USA zu schaffen.

Ein Argument in dem Papier ist, es handele sich um hoch angereichertes, waffentaugliches Uran, was man allein deswegen in die USA verfrachten solle. Aber das stimmt gar nicht. Der Jülicher Müll ist im Mittel nicht mehr hoch angereichert und waffentauglich. Das ist also ein faules, vorgeschobenes Argument. Ich hoffe, dass wir auch in der USA-Exportgeschichte noch Erfolg haben werden.

www.ausgestrahlt.de/export-usa

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Atommüll bleibt bleibt bleibt bleibt

Deutscher Umweltpreis 2013

Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100% regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

.ausgestrahlt

„Das Urteil nützt allen Standorten“

Anke Dreckmann, 72, kippt nach elfjährigem Prozess die Genehmigung für das Castor-Zwischenlager Brunsbüttel – und erleichtert nebenbei auch Klagen gegen die AKW selbst

1986, nach Tschernobyl, sind mir die Augen aufgegangen. Ich war in einer Wählerinitiative, und als die HEW – inzwischen Vattenfall – 1999 den Antrag für den Bau eines Zwischenlagers in Brunsbüttel gestellt hat, waren alle dafür, zu klagen. Nur wer sollte das machen? Große Diskussionen! Ich wollte los, meine Tochter hatte Geburtstag am nächsten Tag, da wollte ich hin. Also hab ich gesagt, ich mach's. Offiziell war's dann mein Mann, weil dem gehört das Haus, und das ist wichtig, hat der Anwalt gesagt. Da gab es ganz viele Schreiben, die ich gar nicht verstanden habe. Ich war von der Straße her gegen Atom, keine Juristin!

Im Juni 2013 kippte das Oberverwaltungsgericht Schleswig die Genehmigung, weil die Genehmigungsbehörde nicht nachweisen konnte, dass das Lager auch den Absturz eines A380 übersteht. Außerdem hatte sie die Gefährdung durch moderne panzerbrechende Waffen nicht berücksichtigt. Als jetzt das Bundesverwaltungsgericht dieses Urteil für rechtskräftig erklärt hat, sind mir Steine vom Herzen gefallen. Ich bin heilfroh, dass ich hier nicht mehr weitermachen muss. Elf Jahre hat der Prozess mit allen



Foto: Dirk Seifert

Instanzen gedauert. Das hat mich unheimlich belastet. Ich wusste ja nicht, wie es ausgehen würde! Und das Interesse der anderen brach doch recht schnell weg – das dauerte einfach viel zu lange.

Diese letzte Geschichte jetzt (die Nichtzulassungsbeschwerde) muss ja die Gegenseite bezahlen. Aber in den vorherigen Instanzen musste ich für die Kosten meines Rechtsanwalts selbst aufkommen. Das Geld zu sammeln, war oft sehr mühsam, ohne Hilfe hätte ich das nicht geschafft. Erst später, als 'ne Erfolgsspur zu erkennen war, ging es leichter.

Ich möchte, dass die AKW so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Das sehe ich noch nicht in festen Tüchern, das kann jederzeit wieder losgehen. Man muss deswegen festhalten am Widerstand. Wir müssen sofort aufhören, neuen Müll zu produzieren. Und da kann das Urteil dabei helfen. Alle Atomstandorte können damit was anfangen. Denn die anderen Zwischenlager sind ja genauso unsicher wie dieses hier. Und auch die AKW selbst sind nicht ausreichend geschützt.

www.ausgestrahlt.de/brunsbuettel-urteil

„Am Ende warfen wir sie alle in den Fluss“

Mariko Fuchs, 61, Leiterin einer Förderschule für japanische und deutsche Kinder, gründete eine japanische Anti-Atom-Gruppe in Düsseldorf, um den Protest in Japan zu unterstützen

Als nach Fukushima klar wurde, dass die japanische Regierung wieder in die Atomkraft einsteigen will, und es eine große Demo dagegen gab in Tokio, wollten wir diese unterstützen. Deshalb haben wir den Verein „Atomkraftfreie Welt – SAYONARA Genpatsu Düsseldorf e.V.“ gegründet und gleich darauf, Ende August 2012, unsere erste Demo in Düsseldorf organisiert. Das war alles eher Zufall: Ich hatte mich sehr über die Pläne der japanischen Regierung geärgert und darüber mit einem Bekannten gemailt. Mittendrin ist mir dann eingefallen, dass wir ja auch hier in Düsseldorf eine Demo machen könnten. Wir haben also recherchiert und im Freundeskreis herumgefragt: Wie geht das, wie kriegt man Lautsprecher, wie meldet man so etwas an? Japaner sind ja nicht so demoaffin wie Deutsche. Aber das Ordnungsamt hat uns gut unterstützt. Das ist ein ganz anderes Klima als in Japan; dort sind solche Demos sehr unter Druck. Hier hingegen ist Meinungsfreiheit tatsächlich geschützt, das haben wir selbst erlebt.

Ich habe fleißig Flyer an meiner Schule verteilt; und im ja-



Foto: privat

panischen Viertel in Düsseldorf haben wir auch sehr viele verteilt, an alle Japaner, die hier wohnen. 300 waren wir schließlich bei der Demo, das ist schon eine große Zahl. Es war die erste japanische Demo in Düsseldorf und sie kam auch gleich als Nachricht im WDR. Ich hatte von einem Bauern 1.500 Sonnenblumen organisiert, die hatten wir ans Geländer der Rheinbrücke gebunden, und am Ende der Demo warfen wir sie alle in den Fluss – unser symbolischer Abschied von der Atomkraft. Die Atompolitik in Japan ist im Laufe der Zeit noch schlimmer, der Widerstand gegen den Wiedereinstieg weniger geworden. Wir haben Kontakt zu Anti-Atom-Gruppen in Japan, wir unterstützen sie, laden sie zu Vorträgen ein, sammeln Geld für sie. Auf unserer Homepage informieren wir auf Deutsch über die Entwicklung in Japan. Und wir engagieren uns auch in hier gegen Atomkraft. Gemeinsam mit .ausgestrahlt und vielen Anti-Atom-Initiativen aus NRW organisieren wir etwa am 14. März eine Demo zum Fukushima-Jahrestag (siehe Seite 2).

www.sayonara-genpatsu.de

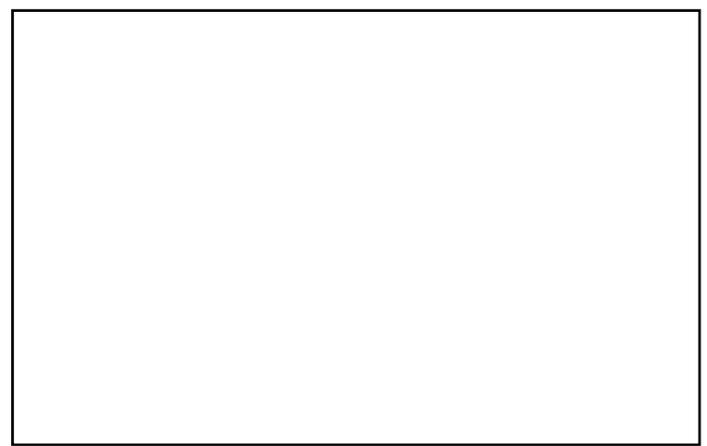
Wenn Du umziehst, sende uns Deine neue Adresse! Der Rundbrief wird trotz Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt.

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay | Mitarbeit: Bernhard Clasen, Carolin Franta, Franz Wagner, Julia Schumacher, Pauline Geyer, Silke Freitag, Ute Bruckart, Sarah Lahl | Layout: www.holgermueller.de
Druck: Vettors, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 55.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Atom-Nachrichten im Abo

contrAtom-Service jetzt auf www.ausgestrahlt.de

Jan Becker hat jahrelang die Website contratom.de betrieben, täglich Anti-Atom-Nachrichten ausgewertet und aktuelle Beiträge zur Atompolitik verfasst. Weil das alleine in dem Umfang nicht mehr leistbar war und um diesen Service für die Anti-Atom-Bewegung zu retten, betreibt .ausgestrahlt diesen Infobereich seit November 2014 zusammen mit Jan. Damit

ist jetzt richtig Leben in den .ausgestrahlt-Blog gekommen. Zusätzlich gibt es im Presse-Bereich unserer Website eine tagesaktuelle Nachrichtenauswertung. Die wichtigsten Nachrichten des Tages verschickt Jan auch per E-Mail als „Atomradar“. Für ein kostenloses Abonnement reicht eine kurze Mail mit der E-Mail-Adresse an atomnewsausgestrahlt.de

Kommen und Gehen im Team



Armin Simon, Jahrgang 1975, studierter Historiker, Redakteur und Vater zweier Kinder, hat seit „X-tausendmal quer“ so gut wie keinen Castor-Transport verpasst. Als freiberuflicher Journalist und Buchautor hat er für .ausgestrahlt bereits des Öfteren Broschüren verfasst, Interviews geführt oder Hintergrundinfos erstellt. Seit Herbst 2014 mit im Team, wird er als freier Mitarbeiter künftig auch Recherchen und Kampagnen begleiten.

Jutta Freybe und **Luise Neumann-Cosel** haben lange Jahre unbezahlt bei .ausgestrahlt mitgearbeitet. Jetzt haben beide das Team verlassen, weil andere Projekte sie zeitlich zu sehr beanspruchen.



Dieser Rundbrief erscheint mit Unterstützung der Elektrizitätswerke Schönau (EWS).

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab Juni 2015 wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum

Wer macht .ausgestrahlt?

Viele Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Angebote von .ausgestrahlt und machen mit. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt eine 19-köpfige Gruppe von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen. www.ausgestrahlt.de/ueber-uns

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter abonnieren.



Energiewende-Blog

- Die „Atom-Renaissance“ findet nicht statt
- Sofortiger Atomausstieg in Bayern wäre möglich



Atommüll-Blog

- Rückholung des Atommülls aus der Asse: Beschleunigen statt bremsen!
- AKW Grohnde lagert Brennelemente seit 26 Jahren



Bewegungsmelder

- Erneute Blockade der Urananreicherungsanlage Gronau



Fukushima-Blog

- Folgen des Fukushima-GAU: Im Pazifik steigt die Strahlung
- „Vollkommen verantwortungslos“: Japan plant Neustart von zwei Atomkraftwerken

Mehr lesen: www.blogs.ausgestrahlt.de

Warum wir „Du“ schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

2.789 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer